



GR Herbert Burda



**Absolute Unabhängigkeit - keine Parteinähe
Nur den Gemeindebürgern verpflichtet!**



Harald Ertl

Liebe Mitbürger!

3. Web – Ausgabe

Umweltskandal in Sulz

Betr.: **Dringliche Anfrage zur Gemeinderatssitzung der
Gemeinde Wienerwald am 7.10.2014
Ausbringung von hochgiftigem Pestizid**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringliche Anfrage

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Im Bereich der Sulzer Höhe wurde auf einem Grundstück, welches nunmehr im Eigentum eines örtlichen Christbaumzüchters befindlich ist, hochgiftiges Pflanzenvernichtungsmittel aufgebracht. Die Aufbringung erfolgte von einer unbefugten Person, ohne entsprechende Ausbildung, unter offensichtlicher Mißachtung sämtlicher Auflagen (Witterung, Menge, Konzentration, etc.) Eine Gefährdung von Brunnen und Grundwasser ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Bei dem Grundstückeigentümer handelt es sich nach den vorliegenden Informationen um keinen Landwirt.

Es stellen sich daher die nachstehenden Fragen:

- 1) Welche Maßnahmen werden von der Gemeinde eingeleitet um eine Gefährdung des Grundwassers und der Brunnen hintanzuhalten?
- 2) Sind derartige Ausbringungen in einem Biosphärenpark verboten?
- 3) Welche Maßnahmen wurden von der Frau UWGR eingeleitet?
- 4) Was wird die Gemeinde unternehmen um derartige Ausbringungen in Zukunft zu verhindern?
- 5) Welche Maßnahmen werden von der Gemeinde eingeleitet um eine Gefährdung der Sulzer Bevölkerung durch Oberflächenwässer zu vermeiden?

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Burda

Dornbach, 7.10.2014

Von unserer ÖVP Gemeindeführung wurde das wie üblich heruntergespielt. Alles in Ordnung und alles im grünen Bereich. Die Bestätigung ist von der BH-Mödling und vom Land NÖ gekommen (die von uns alle eingeschaltet wurden). Das war aber klar vorauszusehen. Eine schwarze Krähe peckt der anderen schwarzen Krähe kein Auge aus. Wir haben auch aus Untersuchungen in den USA zitiert, wo die Gefährlichkeit von Round-Up bekannt ist.

Nun ist es auch bei uns soweit.

Der GBL kann man einen gewissen Weitblick nicht absprechen.

sterreich zu- cher, in Gegenwart von Flüchtlingen und Asylwer-
gelangen küm- verströmt. „Slowakei vertrös- bern in ihrer Stadt votierten.



Ein Verkaufsverbot für das umstrittene Pflanzenschutzmittel „Roundup“ gilt ab sofort in Frankreich. Umweltministerin Ségolène Royal hat das Verbot verkündet, da das Mittel den „wahrscheinlich krebsfördernden“ Stoff Glyphosat enthält.

Foto: REUTERS/Charles Platiau

Glyphosat: Vorbild Frankreich!

Am Sonntag, dem 14. Juni 2015, gab es folgende Medieninformation: Frankreichs Landwirtschaftsministerin Ségolène Royal hat ein Verkaufsverbot für das umstrittene Pflanzenschutzmittel Roundup in Gartenzentren verkündet. Frankreich müsse beim Stoppen von Pestiziden „in die Offensive gehen“, sagte die Ministerin im französischen Fernsehen. Sie habe daher die Gartenzentren des Landes aufgefordert, das Mittel aus dem Sortiment zu nehmen. Roundup wird vom US-Unternehmen Monsanto

entwickelt und sowohl von Bauern als auch von Hobby-Gärtnern verwendet.

Die internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), eine Unterorganisation der Weltgesundheitsorganisation (WHO), hatte den in Roundup enthaltenen Stoff Glyphosat im März als „wahrscheinlich krebsfördernd“ eingestuft.

Als Bio-Botschafter stellt sich mir folgende Frage: Wann folgt Österreichs Landwirtschafts- und Umweltminister Rupprechter dem französischen Beispiel?

Georg Sams,
Landessprecher der Grünen
Bauerinnen und Bauern Salzburg,
Neumarkt

Weltweite Proteste gegen US-Saatgutkonzern Monsanto

Paris - Zehntausende Menschen haben weltweit gegen den US-Agrarriesen Monsanto und den Anbau genetisch veränderter Pflanzen protestiert. In Paris folgten bis zu 3000 Menschen dem Aufruf mehrerer Umweltschutzorganisationen.

Sie warnten insbesondere vor den gesundheitlichen Gefahren von Monsantos Pflanzenschutzmittel Roundup, dessen Wirkstoff von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kürzlich als "wahrscheinlich krebsverursachend" eingestuft worden war.

In der Schweiz beteiligten sich 2500 Demonstranten an dem "Marsch gegen Monsanto", der vor drei Jahren von dem Bündnis Occupy ins Leben gerufen worden war. Sie protestierten in Basel und in Morges, wo das US-Unternehmen seinen Europa-Sitz hat.

Insgesamt machten Demonstranten in etwa 400 Städten in Europa, Amerika und Afrika ihrem Ärger über genmanipuliertes Saatgut und den Einsatz von Pestiziden Luft. In Burkina-Fasos Hauptstadt Ouagadougou verlangten die Protestteilnehmer ein zehnjähriges Moratorium für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, um die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken zu untersuchen.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten von der GBL gestellte dringliche Anträge und die Abstimmungsergebnisse

Straßenbeschädigung Sulz – Lange Seite

Wir fahren mit offenen Augen regelmässig durch unsere Gemeinde. Mißstände werden sofort erkannt und dem Gemeinderat kund getan. Im gegenständlichen Fall gibt es eine massive Beschädigung der Gemeindestraße. Der Bürgermeister hat die Reparatur zugesagt. Wir werden berichten, wie lange das dauern wird.

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der Gemeinde Wienerwald am 9.9.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Massive Beschädigung der Gemeindestraße Lange Seite durch schwere Bau LKW. Vorschreibung der Instandsetzung an den Bauherrn bzw. Instandsetzung durch die Gemeinde und Kostenweiterverrechnung

Begründung:

Durch die Zufahrt von schweren LKWs zur Baustelle wurde die Gemeindestraße Lange Seite im oberen Teil massiv beschädigt. Eine Nutzung mit normalen PKWs ist wegen des hohen Buckels in der Oberfläche der Fahrbahn nicht mehr möglich. Eine sofortige Reparatur ist durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 9.9.2015

Zu Pkt. 06: DA3: GBL: Massive Beschädigung der Gemeindestraße Lange Seite durch schwere Bau LKW. Vorschreibung der Instandsetzung an den Bauherrn bzw. Instandsetzung durch die Gemeinde und Kostenweitererweiterung

Keine Abstimmung, GR Rattenschlager schaut sich die Situation vor Ort an

Gehsteigerrichtung

Die Grünen und die WWA wollen das alte Gemeindeamt um horrende Kosten (ca. € 200.000,00) als Wirtschaftsflüchtlingheimstätte adaptieren. Geld ist also genug vorhanden. Dieses sollte sinnvoll für die einheimische Bevölkerung eingesetzt werden. Wir haben daher den nachstehenden dringlichen Antrag eingebracht.

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Instandsetzung bzw. Neuerrichtung des Gehsteigs von Vogelgraben bis Stockerwirt

Begründung:

Wenn es Tote oder Verletzte gibt, ist es zu spät um Handlungen zu setzen. Ein sehr gut besuchtes Restaurant, wie der Stockerwirt, muss auch ohne Fahrzeug sicher erreichbar sein. Ebenso muss es möglich sein den Rohrberg als Fußgänger zu erreichen. Die Autobahnbetonsperren sind zu entfernen und durch ein Steinschlagnetz zu ersetzen. Zwischen Steinschlagnetz und Fahrbahn ist ein Gehsteig zu errichten.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.7.2015

Schlichtweg unglaublich – die Grünen, die ja den Autoverkehr massiv reduzieren wollen, stimmen gegen die Errichtung von Gehsteigen für umweltschonenden Fußgängerverkehr.

Ja, die grüne Seele wird für das Geschenk des
Vizebürgermeisters und des Umweltgemeinderats verkauft.

Stimmenthaltungen zählen als Gegenstimmen. Die WWA, die Gehsteigerrichtungen sogar im Wahlprogramm hatte, enthält sich der Stimme. Das verstehe, wer will.

Offenbar genügt es, wie in den vergangenen Jahren
– wenn ein Antrag von GR Burda kommt –
dann ist der politische Gegner automatisch dagegen.
Ein Trauerspiel.

Abstimmung über den Antrag

Stimmen dafür 1 (Burda)

Gegenstimmen 11 (Krischke, Höß, Rattenschlager, Hacker, Heindl, Lechner, Niederberger, Rasch, Gratz, Hirschmugl, Neubauer)

Stimmenthaltungen 4 (Drexler + WWA)

Abstimmungsergebnis 1/15

Wird vom Bürgermeister nicht auf die Tagesordnung genommen.

Fahrbahnteiler bei den Ortseinfahrten

Der Fahrbahnteiler in Sittendorf wurde nach unseren oftmaligen Forderungen und vielen dringlichen Anträgen (lesen Sie unsere Aussendungen der vergangenen Jahre) endlich gebaut. Eine nachhaltige Geschwindigkeitsreduzierung bei der Ortseinfahrt ist nun gegeben. Es sollte jedem Menschen der noch klare Gedanken fassen kann, eine Selbstverständlichkeit sein, dass solche Fahrbahnteiler bei sämtlichen Ortseinfahrten zu bauen sind. Gesundheit und Leben der Gemeindeglieder müssen Vorrang haben. Die Gemeinderäte sind dazu offenbar nicht in der Lage. Siehe das Abstimmungsergebnis:

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

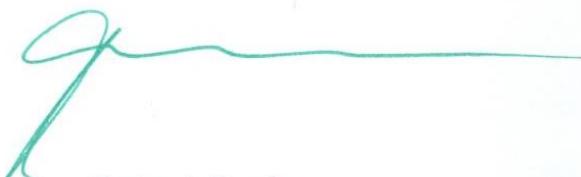
Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Errichtung von Fahrbahnteilern bei den Ortseinfahrten und beim Spielplatz Sulz

Begründung:

Der Fahrbahnteiler bei der Ortseinfahrt Sittendorf erfüllt seinen Zweck. Die Fahrgeschwindigkeit wird stark reduziert. Dies muss bei den anderen Ortseinfahrten ebenfalls gemacht werden. Es ist dies auch beim Spielplatz Sulz, wegen der vielen dort die Straße querenden Kinder, dringend notwendig.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.7.2015

Abstimmung zur Aufnahme in die heutige Tagesordnung

Abstimmung über den Antrag

Stimmen dafür 1 (Burda)

Gegenstimmen 14 (Krischke, Höß, Rattenschlager, Drexler, Heindl, Lechner, Niederberger, Rasch, GRÜNE, WWA, SPÖ)
Stimmennthalungen 1 (Hacker)

Abstimmungsergebnis 1/15

Wird vom Bürgermeister nicht auf die Tagesordnung genommen.

Gefahr bei Stockerwirt

Auf der Landessstraße vor dem Gasthof Stocker darf mit einer Geschwindigkeit von 100 kmh gefahren werden. Gegenüber befindet sich der Parkplatz. Nachdem nahezu alle Gäste mit dem Auto kommen, müssen diese in der dort befindlichen Kurve die Straße überqueren. Immer wieder kommt es zu gefährliche Situationen. Muss es erst Tote geben, bevor endlich die geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Zur Entschärfung der dortigen Gefahren haben wir den nachstehenden dringlichen Antrag eingebbracht:

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Ortsgebietserweiterung bis Stockerwirt

Begründung:

Auf der Landesstrasse beim Stockerwirt darf mit einer Geschwindigkeit von 100 kmh gefahren werden. Damit sind die vom Parkplatz zum Restaurant gehenden vielen Gäste stark gefährdet. Eine Einbeziehung des Stockerwirts in das Ortsgebiet vermindert das Tempo auf die erlaubten 50 kmh.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.7.2015

Abstimmung über den Antrag

Stimmen dafür 1 (Burda)

Gegenstimmen 14 (Krischke, Höß, Rattenschlager, Drexler, Heindl, Lechner, Niederberger, Rasch, GRÜNE, WWA, SPÖ)

Stimmennhaltungen 1 (Hacker)

Abstimmungsergebnis 1/15

Wird vom Bürgermeister nicht auf die Tagesordnung genommen.

Aus diesem Abstimmungsergebnis ist zu ersehen, dass den Gemeinderäten die Gefährdung von Menschen sche....egal ist. Bei ÖVP Gemeinderäten ist das nichts Neues. Verwerflich das Verhalten von Grünen, WWA und der fast unter der Wahrnehmungsgrenze befindlichen SPÖ.

Inanspruchnahme von öffentlichem Gut

Wir haben über diesen Fall von unverfrorenen Einverleiben von öffentlichem Eigentum schon oftmals berichtet. Von Seiten der Gemeindeführung wurde nichts unternommen. Daher der von uns eingebrachte dringliche Antrag:

Betr.: **Dringlicher Antrag zur Gemeinderatsitzung der
Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlicher Antrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Rückführung des öffentlichen Gutes am Kögerl

Begründung:

Im gegenständlichen Fall wurde bei einer Liegenschaft – Am Kögerl – Bepflanzungen, Wegerrichtungen, Gemüsegartenanlegung, etc. durchgeführt. Es wurde damit das öffentliche Gut de facto in das Grundstück einverleibt. Eine Duldung kann vom Bürgermeister ohne Gemeinderatsbeschluß nicht erlaubt werden. Das im öffentlichen Gut befindliche Grundstück ist klar von dem angrenzenden Grundstück zu trennen. Die Kosten der Vermessung sind vom Anrainer zu tragen, der dieses öffentliche Gut in Anspruch genommen hat. Damit können Parkplätze ohne großen Aufwand für die dort wohnenden Menschen geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.07.2015

Kein Beschluss.

Die Verursacher werden schriftlich aufgefordert, den ursprünglichen Zustand des öffentlichen Gutes im Sinne einer ebenen Verkehrsfläche wieder herzustellen.

Wenig verwunderlich, bis zum heutigen Tag ist nichts geschehen.

Sperrmüllgebühren für Großentsorger

Es kann wohl nicht angehen, dass der kleine Gemeindebürger die Kosten mittragen muss, die von Großentsorgern beim Sperrmüllsammeln verursacht werden. Wir haben entsprechende Verlangen seit vielen Jahren gestellt. Nachdem sie von der GBL kommen, ist natürlich nichts geschehen. Wir lassen aber bekanntweise niemals locker und haben wieder einen dringlichen Antrag eingebracht.

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der
Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015
Firmenanlieferungen Müllplatz Sittendorf**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Sofortiges Inkasso eines entsprechenden Entsorgungsbeitrags bei den Firmen- und Reitstallanlieferungen am Müllplatz Sittendorf

Begründung:

Die Anlieferungen von gewerblichen Sperrmüll am Sperrmüllplatz Sittendorf nehmen immer mehr zu. Es ist für die Bürger der Gemeinde unzumutbar die Kosten für die beachtlichen Mengen zu tragen. Besonders kostenintensiv sind die Sondermüllanlieferungen. Es ist ab sofort ein angemessener Entsorgungsbeitrag einzuheben.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.07.2015

**Pkt. 8c: DA 6 der GBL: Sofortiges Inkasso eines entsprechenden
Entsorgungsbeitrages bei den Firmen- und
Reitstallanlieferungen am Müllplatz Sittendorf
Kein Beschluss.**

Der Vizebürgermeister wird eine entsprechende Verordnung ausarbeiten.

**Na, was glauben Sie? Hat unser grüner Vizebürgermeister schon etwas gemacht??
Natürlich nicht!!**

Mautflüchtlinge

Immer mehr Riesen-Lkw fahren durch unsere Gemeinde. Sie wollen sich einfach die Autobahnmaut sparen. Unsere Straßen werden durch die überschweren Fahrzeuge ruiniert und auf den schmalen Ortsdurchfahrten ist ein schwerer Unfall vorhersehbar. Es wäre für die Gemeinde ein leichtes, den Durchfahrtsverkehr zu unterbinden. Andere Gemeinde im Süden Wien habe es vorgemacht. Wir haben schon 12 mal dringliche Anträge in dieser Sache eingebracht. Warum die ÖVP Mautflüchtlingen schützen will, ist nicht nachvollziehbar. Auch unser dreizehnter dringlicher Antrag wurde abgelehnt:

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der
Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Erlassung eines Durchfahrverbots für schwere LKW im Gemeindegebiet

Begründung:

Die laufend steigende Anzahl der Mautflüchtlinge hat zu einer massiven Belastung und Gefährdung der Bürger geführt. Es sind sofortige Maßnahmen zu treffen. Am Beispiel anderer Gemeinde in unserem Umfeld sind derartige Verordnungen ohne Problem umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.07.2015

Müllplatz Sulz - Videoüberwachung

GR Burda hat bereit einmal eine Videokameraattrappe am Sammelplatz Sulz aufgestellt. Die Folge war Sauberkeit am Platz und keine gewerblichen Entsorgungen. Ein offenbar nicht ganz dichter Ultraschwarzer hat damals von Überwachungsstaat und Nazimethoden fabuliert. Die geistige Stärke dieses Mannes dokumentiert sich bereits dadurch – im „3. Reich“ hat es noch kein Video gegeben.

Diese Kamera mit Mast lagert am Dachboden des alten Gemeindeamts. Für das Aufstellen einer Attrappe braucht man keinerlei Genehmigung. Alleine das rote Blinklicht schreckt ab. Nachdem der Saustall am Sulzer Platz immer mehr zunimmt haben wir den dringlichen Antrag eingebracht:

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der
Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

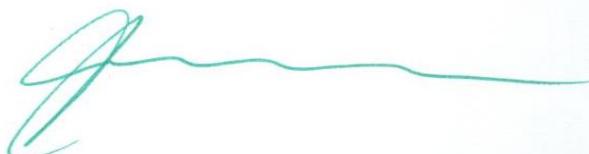
Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Videoüberwachung am Müllplatz Sulz

Begründung:

Sämtliche Ermahnungen und Aufforderungen sind ins Leere gegangen. Der Müllplatz Sulz ist nach wie vor extrem verdreckt. Es kommt in der Folge zu Mülleinbringungen in den Mödlingbach. Vor vielen Jahren wurde eine Videokamerattrappe für kurze Zeit aufgestellt. Während dieser Zeit war der Müllplatz sauber und es ist zu keinen gewerblichen Entsorgungen gekommen. Die Kamera befindet sich noch immer am Dachboden des alten Gemeindeamts.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.07.2015

Pkt. 8d: DA 8 der GBL: Videoüberwachung am Müllplatz Sulz

Kein Beschluss.

Der Vizebürgermeister wird sich beim Abfallverband (Hr. Tippel) über mögliche Vorgehensweisen erkundigen und in der nächsten Sitzung berichten.

Hat unser grüner Vizebürgermeister etwas gemacht und in der nächsten Sitzung berichtet?

Natürlich nicht!!

Grün ist man halt nur vor der Wahl.

Danach ist der versauten Mödlingbach egal!

Neubau von Jungfamilien- und Seniorenwohnungen

Ein Umbau des alten Gemeindeamts kann nur als wirtschaftlicher Wahnsinn bezeichnet werden. Aber für derartige Entscheidungen ist unser Gemeinderat ja bekannt. Die WWA will allen Ernstes ca. € 180.000,00 in den Umbau mit Wohnungen für Wirtschaftsflüchtlinge ausgeben. Da sollte die WWA aber auch gleich die Renovierungskosten, die nach Auszug der Asylwerber anfallen werden, einrechnen. Aus Erfahrungen bei der Villa Louise – hier wurde ein Jugendclub eingerichtet, der gegen Ende hauptsächlich von Gemeindefremden mit Migrationshintergrund genutzt wurde – mit der Folge einer totalen Devastierung, sogar geschossen wurde in der Wohnung – die Renovierungskosten haben ca. € 80.000,00 betragen (bezahlt natürlich von den Gemeindebürgern). Bei den geplanten zwei bis drei Wohnungen, also bis zu € 240.000,00.

Betr.: **Dringlichkeitsantrag zur Gemeinderatsitzung der Gemeinde Wienerwald am 13.7.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat wolle gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 seine Zustimmung erteilen, dass der folgende Gegenstand wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommen und in der aktuellen Sitzung behandelt wird:

Abbruch des alten Gemeindeamts und Errichtung von Eigentumswohnungen, Seniorenwohnungen und Jungfamilienwohnungen

Begründung:

Wegen der Raumaufteilung und des Bauzustands kann das alte Gemeindeamt nicht sinnvoll saniert und verwendet werden. Es ist ein Neubau zu errichten. Bei Ankauf des daneben befindlichen freien Grundstücks kann eine vernünftige Größe erreicht werden. Mit dem Verkauf von Wohnungen ins Eigentum ist die Finanzierung sichergestellt. Ein Neubau ist auch ohne Grundstückankauf durchführbar. Die Gemeinde kann dieses Bauvorhaben ohne Bauträger machen.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Burda

Dornbach, 13.07.2015

Das Abstimmungsergebnis:

DA 9 der GBL: Abbruch des alten Gemeindeamts und Errichtung von Eigentumswohnungen, Seniorenwohnungen und Jungfamilienwohnungen

Wird von Herrn GR Burda verlesen.

Abstimmung zur Aufnahme in die heutige Tagesordnung

Abstimmung über den Antrag

Stimmen dafür 1 (Burda)

Gegenstimmen 15 (ÖVP, GRÜNE, WWA, SPÖ)

Stimmennthaltnungen 0

Abstimmungsergebnis 1/15

Das Verhalten von ÖVP und SPÖ ist ja nicht überraschend. Diese Parteien sind schon lange als Vertreter der Jugend und der alten Menschen abgetreten. Wichtig ist ihnen nur Freunderwirtschaft.

Dass Grüne und WWA gegen die Errichtung von Jungfamilien- und
Seniorenwohnungen stimmen,
verwundert allerdings schon sehr stark.

Neues von Wirtschaftsflüchtlingsquartieren

Wann wird es in unserer Gemeinde so weit sein?
Einfach Zwangseinquartierungen.

Ein Posting:

+++

Dienstag, 29. September 2015, 22:49

von wutbuerger2015

Im siebten Bezirk im ehem. kurier haus ziehen 500 Flüchtlinge. nun können die rot, grün,gutmenschen und Caritas sich austoben und sich um diese Leute kümmern. siebenter Bezirk ist eine schöne Gegend, die Flüchtlinge sind in 2 Minuten auf der neu adaptierten mariahilferstrasse und können sich dort vergnügen. Man erntet was man sät.

+++

**Wir werden weiterhin für unsere
Gemeindebürger dringliche Anträge stellen !
Sonst geht nichts weiter!!!**

